

## Die Rebellion im Donbass und die neue Weltordnung

Eine Analyse der neuen Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ostukraine

Dr. Matthew Raphael Johnson



Eine pro-russische Separatistenbewegung in einer relativ abgelegenen und weitgehend unbekanntem Region der Ostukraine hat zu einer bedeutenden Neuordnung der internationalen politischen Ordnung geführt und damit einmal mehr die Macht und Bedeutung des Nationalismus im Zeitalter der Globalisierung unter Beweis gestellt.

Der ukrainische Nationalismus ist einer der herzerreißendsten Misserfolge der letzten Jahrzehnte. Zweimal wurde den ukrainischen Nationalisten vorgegaukelt, dass der Westen ihr Förderer sei. In den Jahren 2004 und 2014 brachten vom Westen finanzierte Gewalt und Unruhen Regierungen hervor, die nichts anderes als Sammelstellen für westliches Kapital waren.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Ukraine inzwischen auf das Niveau von Gambia oder der Elfenbeinküste gesunken. Das Potenzial des Landes wurde zerstört, und die öffentliche Moral des Landes ist – schon vor der Invasion – niedrig.

Die ukrainische Regierung, die infolge gewaltsamer Proteste, die von der amerikanischen Botschaft aus organisiert wurden, eingesetzt wurde, hat heute weder Legitimität noch Geld. Ihre Wirtschaft basiert vollständig auf ausländischer Hilfe, und diese ist in dem Maße gewährleistet, wie Kiew sich als Hauptkraft gegen Russland im Osten aufstellt. In dem Moment, in dem der Westen keine Schecks mehr auszustellen scheint, erscheinen in der westlichen Presse Warnungen vor einer „drohenden russischen Invasion“.

Das war zumindest bis zum 24. Februar dieses Jahres der Fall, als der russische Präsident Wladimir Putin eine „spezielle Militäroperation“ gegen die Ukraine einleitete, nachdem er die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der prorussischen ukrainischen Donbass-Region anerkannt hatte – ein Schritt, der nicht nur für Osteuropa, sondern für die gesamte internationale Weltordnung, die lange Zeit vom Petrodollar und der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Hegemonie der USA dominiert wurde, erhebliche Auswirkungen hatte. Der Aufstand im Donbass und seine Folgen haben die liberale, amerikazentrierte Weltordnung bereits ins Wanken gebracht. Er könnte sich als ihr Todesurteil erweisen.



Die Maidan-Revolution 2014 führte zum Sturz des demokratisch gewählten, russisch orientierten Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch. Viele der Anstifter des Aufstands hatten Verbindungen zum Westen, insbesondere zu den Vereinigten Staaten über die National Endowment for Democracy und andere subversive anti-russische, prowestliche NGOs, die in der Ukraine tätig sind. Ein durchgesickertes Telefongespräch aus dem Jahr 2014 zwischen Victoria Nuland, einer langjährigen Mitarbeiterin des Außenministeriums und antirussischen Fanatikerin, und dem damaligen US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, zeigt die offene Einmischung der USA in die inneren politischen Angelegenheiten der Ukraine.

## **Die Aufstände von 2014**

Bekanntlich überforderte die Gewalt der Maidan-Demonstranten im Jahr 2014 die Polizeikräfte. Eine Vielzahl von politischen Dissidenten und Unruhestiftern, von denen viele vom Westen finanziert, ausgebildet und unterstützt wurden, darunter die National Endowment for Democracy

(die seit langem als CIA-Tarnorganisation gilt), nutzten den Maidan-Platz im Zentrum Kiews als Sammelpunkt und Besatzungszone. Die US-Botschaft verteilte Captigon, ein starkes Amphetamin und Schmerzmittel, mit dem die Demonstranten laut Augenzeugen Tränengas und Schlagstöcken widerstehen konnten.

Die Gewalt bei den Kiewer Unruhen übertrifft alles, was dieser Autor bei Unruhen von Südkorea bis Nordirland gesehen hat. Die Polizei war seltsam zögerlich, sich zu verteidigen, selbst wenn ihr Leben in Gefahr war. Die Armee wurde nie hinzugezogen.

Schockierenderweise behaupteten die USA, die Maidan-Proteste seien friedlich gewesen und nur die Separatisten in der östlichen Donbass-Region seien gewalttätig. Die amerikanische Presse und die Regierung erfanden lediglich Fakten, die ihrer Agenda entsprachen, da sie wussten, dass es nur wenige gab, die sie bestreiten konnten. Da die Ukraine selbst für gut ausgebildete Amerikaner weitgehend unbekanntes Terrain ist, konnten die Presse und die damalige Obama-Regierung sagen, was sie wollten, und erfinden, was sie wollten.

Jen Psaki, die damalige Sprecherin des US-Außenministeriums, zeigte in einem Presse-Briefing im April 2014 die völlige Heuchelei der US-Regierung auf, indem sie unter anderem sagte:

Wir weisen die Äußerungen der Donezker Separatisten entschieden zurück, wonach die Evakuierung ihrer Truppen von der Beendigung der legalen und friedlichen Proteste der Maidan-Aktivisten abhängig gemacht wird. Sie wissen, wie wir zur Legitimität der Regierung der Ukraine stehen. Sie wissen, wie wir zu den Behauptungen stehen, es habe einen Staatsstreich gegeben, dem wir absolut nicht zustimmen. Es gibt keinerlei Parallele zwischen der bewaffneten und illegalen Inbesitznahme von Regierungsgebäuden, Straßen und öffentlichen Plätzen in der Ostukraine, die eindeutig durch das gestrige Abkommen abgedeckt ist, und den legalen und friedlichen Protesten. (1)

Der 5. April und der 1. Mai 2014 waren das Herzstück des Maidan-Debakels. Teile der Junta, von Kiew aus ernannte Gouverneure, zogen nach Südosten in die prorussische Donbass-Region, um die dortigen profitablen Unternehmen zu übernehmen und sie an den Westen zu verkaufen, um Schulden zu bezahlen. Die dortigen Arbeiter organisierten schnell einen Aufstand, der in einen bewaffneten Aufstand mündete.

Russische Freiwillige, insbesondere Kosaken, kamen dem Donbass schnell zu Hilfe und verstärkten seine Streitkräfte. Zuvor, am 16. März, hatte sich die Bevölkerung der Krim in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit (mehr als 95 Prozent) für den Wiederanschluss an Russland ausgesprochen, da sie schon immer pro-russisch eingestellt war.

Anfang Mai scheiterte der erste Versuch Kiews, das Gebiet von den prorussischen Separatisten zurückzuerobern, die das Regime in Kiew als völlig korrupt und völlig unrechtmäßig betrachteten. Als Reaktion darauf verbrannte eine Gruppe von Schlägern am Tag der gescheiterten Invasion mehr als 40 pro-russische Sympathisanten in Odessa bei lebendigem Leib.

Während im Donbass und auf der Krim legitime Referenden die Regel waren, wurde in Kiew der milliardenschwere Oligarch Petro Poroschenko, der entschlossen war, die Ukraine an den Westen und die EU anzugleichen, im Wesentlichen von westlichen Bankern, die die Schulden der Ukraine hielten, zum Präsidenten ernannt.

Der russische Gaschef Alexej Miller warnte, dass die Gasrechnung der Ukraine kaum bezahlt worden sei. Russland bot der Ukraine ein Darlehen an, um sie zu unterstützen, da die ukrainische Wirtschaftsproduktion Anfang April zum Stillstand gekommen war. Die Auslandshilfe war die einzige Möglichkeit, das Land über Wasser zu halten.

Wie bei den Protesten im Jahr 2004 wurden alle Versprechen der Putschisten sofort wieder verworfen und gebrochen. In Kiew verordnete die neue Regierung Kostenerhöhungen von 20-40 Prozent im öffentlichen Nahverkehr. Die Preise stiegen in der ersten Woche um etwa 30 Prozent. Die meisten Krankenhäuser waren zu 20-30 Prozent ausgelastet. Es wurden Freiwillige benötigt, um die verbliebenen Stellen zu besetzen. Die Preise für Warmwasser und Heizung stiegen um 65 Prozent. Das ukrainische Finanzministerium räumte ein, dass die Arzneimittelpreise in der ersten Woche der Junta im Land um 60-70 Prozent gestiegen sind.

Um dies zu vertuschen, schürten die ukrainischen Medien weiterhin antirussische Hysterie und Einschüchterung. Typische Schlagzeilen der Online-Nachrichtenagentur „UNIAN“ (die dem jüdischen Oligarchen Igor Kolomoisky gehört, der später die Präsidentschaftskampagne des derzeitigen ukrainischen Präsidenten Zelensky finanzierte) schrien: „Russland hat die Separatisten angewiesen, 100-200 Menschen zu töten“ und dass „die Kiewer wegen der angeblichen Invasion der Ukraine Bombenbunker bauen sollten“. (2).

Kolomoisky war zu dieser Zeit Gouverneur der Region Dnepropetrowsk und versprach 10.000 Dollar für jeden getöteten Separatistensoldaten oder Sympathisanten im Donbass. Oleg Tsarev war der Koordinator des südöstlichen Widerstands in der Ukraine mit Sitz in Donezk, einer der größten Städte in der Region Donbass. Der Oligarch Kolomoisky bezahlte Söldner für den Angriff auf die Separatisten, da der Großteil der ukrainischen Armee geflohen oder zu den Rebellen übergelaufen war.

Kiew versprach antirussischen Milizionären 100.000 Dollar und mehr für den Angriff auf separatistische Stellungen, während der ukrainische Generalstab in Kiew sich selbst Prämien in Höhe von 10 Millionen Hyrwna (340.000 US-Dollar) ausstellte.

Täglich beantragten etwa 5.000 Ukrainer ein Visum für die Ausreise nach Russland.

Putin und Dmitri Medwedew bemühten sich um Zusammenarbeit beim Wiederaufbau der maroden ukrainischen Wirtschaft. Um den Verteidigern der Donbass-Region zu helfen, organisierten sich die Bergleute in drei Bataillonen mit je 200 Mann. Die politische Führung der Donezker Volksrepublik kündigte die Schaffung einer „Volksarmee“ und den Beginn der Vorbereitungen für ein Referendum an, das am 11. Mai stattfinden sollte.

Die ukrainischen Behörden begannen bald darauf eine „Anti-Terror-Operation“ in Slawjansk. Die Operation begann nach einem vertraulichen Besuch des CIA-Direktors John Brennan in Kiew. Das ukrainische Militär und seine Verbündeten hatten Mühe, Fortschritte gegen die prorussischen Separatisten zu erzielen. Um die ukrainischen Niederlagen zu vertuschen, wurde dann die Geschichte einer „russischen Invasion“ erfunden. Sie wurde gefördert und ohne Beweise wiederholt.

Daraufhin begann die Ukraine mit Plänen zur Verstaatlichung russischer Vermögenswerte. Die Staatsverschuldung betrug nun 60 Prozent des BIP, obwohl die tatsächliche Zahl wahrscheinlich höher war. In großen Teilen Kiews kam es regelmäßig zu Stromausfällen. Rovno und andere Kern-

kraftwerke wurden abgeschaltet, weil es an Personal und Geld für den Betrieb fehlte. In der Bergbau- und Hüttenindustrie betrug der Produktionsrückgang etwa 11 Prozent in der chemischen Industrie 5 Prozent und im Maschinenbau fast 20 Prozent. Die Gaspreise stiegen im März 2014 um weitere 20 Prozent.

Die Kiewer Regierung begann daraufhin mit der Razzia und Hinrichtung ihrer Feinde. Von Januar bis Februar 2014 wurden 5.172 Menschen in Kiewer Gefängnissen hingerichtet; 10.000 wurden unmittelbar nach dem Staatsstreich getötet und weitere 5.000 im März. Kiew kappte den Kanal, der die Bauern der Krim mit Frischwasser versorgte, und ruinierte ihre Ernte. Streiks in Industriezentren und Bergwerken in der Westukraine wurden pro-russisch.

Die Regierung in Kiew begann, um Spenden zur Finanzierung der Armee zu bitten. Die Lebensmittelpreise stiegen in Kiew um durchschnittlich 25 Prozent, so dass etwa 50 Restaurants und Cafés schließen mussten. Die Einzelhändler stellten fest, dass der Verbrauch von Lebensmitteln um etwa 20 Prozent und von Industriegütern um 40-50 Prozent zurückgegangen war. Die Unternehmen versuchten, die Preise zu senken, aber das half nicht. Als Reaktion darauf finanzierten die USA Gesetzesvorlagen und eine Fernsehpropaganda zur Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Das Rote Kreuz durfte die Gefängnisse in Kiew nicht inspizieren.



Seit dem Maidan-Putsch im Jahr 2014 hat ein erbitterter Bürgerkrieg in der ukrainischen Region Donbass zum Tod von Tausenden von Bewohnern geführt. Russische Beamte haben die Situation als Völkermord an ethnischen Russen bezeichnet, doch die westlichen Medien und das politische Establishment haben die Notlage der Menschen im Donbass völlig ignoriert. Bild oben: Die Bewohner fordern ein Ende des ukrainischen Angriffs auf den Donbass.

Im Jahr 2009 betrug die Stromerzeugung in der Ukraine etwa 40 Prozent des Wertes des letzten Jahres der Sowjetunion, 1991. Die landwirtschaftliche Produktion von Fleisch und Milchprodukten lag um 56 Prozent bzw. 53 Prozent unter dem damaligen Niveau. Die Stahlproduktion brach völlig zusammen. Das Gleiche gilt für grundlegende Haushaltsgeräte. Seit ihrer Unabhängigkeit hatte die Ukraine 40 Prozent ihres Eigenkapitals verloren und 60 Prozent ihrer Anlageinvestitionen waren verschwunden. Die ukrainische Schwerindustrie, die chemische Industrie, der Maschinenbau und die Leichtindustrie verschwanden weitgehend, außer im Donbass. Der Öltransit wurde auf 25 Prozent des Niveaus von 1989 reduziert. Etwa die Hälfte der Industrie im Donbass war durch den Krieg beschädigt worden. Fünf große Kiewer Banken gingen in Konkurs. Im Mai 2014 erhöhte sich der Gaspreis um weitere 75 Prozent. In der Westukraine brachen große Proteste wegen nicht gezahlter Löhne und hoher Treibstoffkosten aus. (3).

Pavel Gubarev, der sich im März 2014 zum „Volksgouverneur“ der Region Donezk erklärte, erklärte, dass der Hauptgrund für die Entwicklung der „Donbass-Idee“ bzw. der Unabhängigkeit vom Kiewer Regime in der Art der zweiten Orangen Revolution im Jahr 2014 lag. Ihr Ziel war es, die Ukraine zu verscherbeln, um Schulden zu begleichen und den korrupten Oligarchen, die das Land ausplündern, das Geld in die Tasche zu stecken.

### **Westliche Politik in der Region**

Der Donbass und die so genannten „südlichen russischen Regionen der Ukraine“ sind unmittelbar an der Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Russischen Föderation interessiert.

Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass ein Großteil der ukrainischen Industrie und Produktion in diesen Gebieten angesiedelt ist, was die Suche nach neuen Märkten und neuen Rohstoffquellen erforderlich macht, die über Russland und seine eurasischen Verbündeten sehr viel häufiger und leichter zugänglich sind. Der Blick nach Westen in Richtung Kiew und Westukraine als Markt- und Rohstoffbasis ist für die Donbass-Region unzureichend.

Auf der anderen Seite ist die Westukraine eine äußerst günstige Transitposition. Die westukrainischen Regionen brauchen keine engen Beziehungen zu Russland. Im Gegenteil, Russland ist traditionell bestrebt, Kontakte zur Geschäftswelt in Lwiv und Uzhgorod zu knüpfen, um sich günstige Bedingungen für den Transit von Rohstoffen in andere Regionen zu sichern. Das bedeutet, dass die Desintegrationsprozesse, die Regionalisierung und Isolierung der einzelnen Industrieregionen seit 1990 den grundlegenden wirtschaftlichen Interessen des Donbass direkt zuwiderlaufen.

Die ukrainische politische Elite, von den Kommunisten bis zu den Nationalisten, hat die Idee der nationalen Unabhängigkeit für die unkontrollierte Ausplünderung des eigenen Volkes genutzt und tut dies auch weiterhin. Das Problem, dass sich die pro-russischen Regionen im Osten des Landes wieder Russland anschließen oder sich sogar mit Russland verbünden, hängt daher in den Augen der politischen Führung in Kiew unmittelbar mit der Frage nach ihrer eigenen Verantwortung für die begangenen Verbrechen zusammen.

Seit Mitte der 1990er Jahre stellt dieser Autor fest, dass Russland und nur Russland das Volk, die Tradition, das Territorium und die Eigenständigkeit besitzt, um die Neue Weltordnung oder die Pläne des Kapitals zur Zerstörung aller nationalen und regionalen Grenzen zu bremsen. Die ukrainische Unabhängigkeit ist zwar aus theoretischen Gründen gerechtfertigt, scheitert aber aus wirt-

schaftlichen Gründen. Sie wird durch den Wunsch der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs (UK) verzerrt, die Ukraine als Macht gegen Russland zu erhalten und damit die Globalisierung in ihrem derzeitigen Tempo aufrechtzuerhalten.

Das Ziel der Westmächte ist es, Russland aus dem Schwarzmeerraum zu verdrängen und seinen Einfluss auf die Entwicklungen im Mittelmeerraum und in Mitteleuropa zu beseitigen. Russland musste auch aus dem Kaukasus entfernt werden, was die westliche Unterstützung der separatistischen Bestrebungen in den muslimischen Autonomiegebieten in den späten 1990er Jahren erklärt.

Die USA brauchen eine starke Hand in Osteuropa, am Schwarzen Meer, im Mittelmeer, an der Donaumündung und auf dem Balkan sowie auf den Transitrouten von Rohstoffen (einschließlich Energieträgern) aus dem Kaspischen Becken und Zentralasien nach Europa. Die Position der USA in diesen Gebieten kann nur gestärkt werden, wenn die Position der Russen in diesen Gebieten geschwächt wird, zumindest wird die Situation in Washington, London und Brüssel so gesehen.

Die Angelsachsen sind traditionell bestrebt, Russland von den europäischen Ländern zu isolieren, und eine unabhängige, westlich orientierte Ukraine kommt ihren Interessen sehr entgegen. Daher entspricht die Erhaltung der Ukraine als wirtschaftlich insolventer, kulturell rückständiger, aber rechtlich unabhängiger Staat den „vitalen Interessen“ der USA und ihrer Verbündeten im Westen.

(4)

Tatsache ist jedoch, dass die Ukraine ein gescheiterter Staat ist. Das war 1993 offensichtlich.

Ihr System brach vor der ersten von den USA finanzierten Orangen Revolution im Jahr 2004 zusammen und wird seither ausschließlich mit westlicher Hilfe aufrechterhalten. Niemand bestreitet, dass das Land hochgradig korrupt ist und eine nicht funktionierende Wirtschaft hat. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat natürlich mit den USA zusammengearbeitet, um das, was von der Ukraine übrig geblieben ist, an das Bankenkartell zu verscherbeln. Das Regime in Kiew existiert nur mit ausländischem Geld und steht somit unter ausländischer Kontrolle. Die Ukraine ist heute ein Experiment zur Privatisierung nicht nur von Vermögenswerten, sondern der staatlichen Souveränität selbst. Das organisierte Verbrechen hat die Macht übernommen, und kleinere Revolten – wie der Aufstand in Bessarabien – brechen aus, ohne dass die Medien darüber berichten. (5)

### **Westliche Forderungen nach Krieg**

Eine der bizarrsten Entwicklungen in der amerikanischen Außenpolitik der letzten Zeit ist die ständige Forderung nach einem Krieg mit China und Russland, zwei aufstrebenden Supermächten, die zunehmend unabhängig von der von den USA unterstützten internationalen Ordnung agieren. Niemand ist sich ganz sicher, was eine der beiden Nationen getan hat, um dies zu verdienen. Im Allgemeinen bestehen die Medien und das politische Establishment hysterisch darauf, dass Russland eine „Aggressor“-Nation ist, insbesondere angesichts der speziellen Militäroperation gegen die Ukraine im Februar 2022, die gegen die „Regeln und Normen“ der internationalen Beziehungen verstößt, während China als systematischer Menschenrechtsverletzer und Dieb industrieller und technologischer Innovationen im Westen angeprangert wird, was in der Tat höchst heuchlerisch ist.

Die Ursache dieser bizarren Hysterie ist nicht schwer zu begreifen. In liberalen Demokratien ist die Politik eine Form der Unterhaltung. Die wahre Macht liegt bei den Banken, Energieunternehmen, Finanz-, Medien- und Unterhaltungsgiganten. In der Tat macht die amerikanische Politik überhaupt

keinen Sinn mehr, wenn man nicht sowohl die globale als auch die nationale Wirtschaftslage betrachtet.

Russland (und auch China) ist eine „Bedrohung“, die eines großen Krieges würdig ist, weil es sich weigert, den amerikanischen Diktaten und Befehlen Folge zu leisten. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat Russland aufrichtig versucht, kooperativ und respektvoll mit dem Westen, einschließlich der USA, zusammenzuarbeiten, nur um respektlos behandelt, ignoriert und verunglimpft zu werden, alles in dem Bemühen, Russlands Aufstieg auf der Weltbühne zu untergraben und seine Beziehungen zu anderen wichtigen internationalen Akteuren zu sabotieren.

Es ist eine schlichte Tatsache, dass die von den USA dominierte internationale Ordnung ihre Legitimität verliert und das Fundament, auf dem sie errichtet wurde, weitgehend sabotiert hat.

Die dekadenten, verfallenden und degenerierten westlichen Mächte bröckeln rapide, eine hässliche Realität, die die westlichen politischen und finanziellen Eliten ignorieren, verstecken oder leugnen wollen. Einige der extremeren Elemente im westlichen politischen Establishment haben sogar damit gedroht, den Dritten Weltkrieg auszulösen, um ihre internationale Hegemonie aufrechtzuerhalten – eine, gelinde gesagt, erschreckende Aussicht.

Moskau und Peking sind sich dieser Tatsache jedoch bewusst und haben eine enge, für beide Seiten vorteilhafte Beziehung entwickelt, die sich in letzter Zeit deutlich verstärkt hat. Russland und China „glauben, dass ihr Bündnis ihnen eine solche Dominanz, eine solche Macht auf der riesigen eurasischen Landmasse verleiht, dass sie sich durchsetzen können, dass sie nicht nur die Landmasse, sondern auch die internationale Politik beherrschen können“, sagt Alfred McCoy, Geschichtspräsident an der University of Wisconsin-Madison und ein angesehener geopolitischer Kommentator. Er erklärte Ende März:

Im Wesentlichen verfolgen sie eine geopolitische Strategie, um die Kontrolle der USA über die eurasische Landmasse zu brechen und damit die globale Macht der USA zu brechen.

Sie glauben, dass sie Zeugen der Geburt, der historischen Geburt einer neuen Weltordnung werden, in der der große globale Hegemon, die USA, die die Welt in den letzten 70 Jahren dominiert haben, ihre globale Macht gebrochen sehen werden und ihre Dominanz über Eurasien, die die USA seit Beginn des Kalten Krieges in den frühen 1950er Jahren aufrechterhalten haben, ebenfalls zu Ende gehen wird.

Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine haben die USA und ihre Verbündeten eine Reihe von Wirtschaftssanktionen gegen Russland, viele seiner führenden Politiker und Geschäftsleute, ganze Industriezweige und Unternehmen sowie seine Exportgüter verhängt, was im Grunde auf eine Form der wirtschaftlichen Kriegsführung hinausläuft. Präsident Joe Biden und andere westliche Beamte betonen, dass die Maßnahmen dazu dienen, das russische Regime zu bestrafen und es daran zu hindern, seine Militäroperation in der Ukraine fortzusetzen, während gleichzeitig die heimische Wirtschaft stark beeinträchtigt wird. Die Maßnahmen sind jedoch weitgehend nach hinten losgegangen und haben nicht nur die politische und wirtschaftliche Position der westlichen Mächte untergraben und delegitimiert, sondern auch ihre eigenen Währungen und den Status des Dollars als Weltreservewährung.

In einem Schritt, der erhebliche Auswirkungen auf die internationalen Finanz- und Währungsmärkte haben wird, kündigte Putin Ende März 2022 an, dass Russland für sein Erdgas, das in großem Umfang in Europa verkauft wird, nur noch Zahlungen in russischem Rubel akzeptieren wird. Andere wichtige Akteure auf den internationalen Energiemärkten, darunter die ölreichen Golfstaaten im Nahen Osten, China und Indien, haben Pläne für den Handel mit Öl und anderen stark nachgefragten Rohstoffen in Rubel, Yuans und möglicherweise anderen nicht-westlichen Währungen angekündigt.

Dies könnte dazu führen, dass das Petrodollar-System, das die internationalen Energiemärkte – und die Nationen – jahrzehntelang beherrscht hat, zerstört wird.

Der russische Finanzminister Anton Siluanow hat erklärt, dass die von Russland bei westlichen Institutionen gehaltenen Devisenreserven im Wert von rund 300 Mrd. USD eingefroren wurden, da Russland aufgrund der vom Westen verhängten Sanktionen keinen Zugang zu ihnen hat. Viele Kommentatoren haben diesen Schritt als Beschlagnahmung der russischen Devisenreserven angesehen. Im schlimmsten Fall kommt dies einem Diebstahl russischer Vermögenswerte gleich, im besten Fall einer Nichterfüllung der westlichen Verpflichtungen gegenüber Russland.

„Die USA und die EU sind praktisch ihren Verpflichtungen gegenüber Russland nicht nachgekommen“, erklärte Putin Ende März.

„Einige haben das vermutet, aber jetzt weiß jeder in der Welt, dass Verpflichtungen in [US-]Dollar und Euro nicht erfüllt werden können.“ Angesichts des Wirtschaftskriegs, den der Westen gegen Russland führt, betonte Putin, dass es „keinen Sinn mehr macht“, russische Waren und Rohstoffe für Dollar oder Euro an die USA, EU-Mitglieder oder andere feindliche Staaten zu verkaufen. Putin versprach, dass Russland den Weg einschlagen werde, „alle kompromittierten Währungen nicht mehr für Transaktionen zu verwenden“.

## Russian pride

Many countries that made up the former Soviet republics still have a large ethnic Russian population.

Percent of ethnic Russians in former Soviet republics



Putin has described the Russian people as a “state-forming people,” underscoring their history of influencing the culture, politics and economic foundations of the regions where large populations of ethnic Russians reside. Western media portray all Russians as brutes, particularly following the invasion of Ukraine.

### Russischer Stolz

In vielen Ländern, die zu den ehemaligen Sowjetrepubliken gehörten, gibt es immer noch eine große russischstämmige Bevölkerung. Putin hat das russische Volk als „staatsbildendes Volk“ bezeichnet und damit unterstrichen, dass es seit jeher Einfluss auf die Kultur, die Politik und die wirtschaftlichen Grundlagen der Regionen nimmt, in denen große Teile der Bevölkerung russischer Abstammung leben. In den westlichen Medien werden alle Russen als Unmenschen dargestellt, insbesondere nach der Invasion in der Ukraine.

In einer Rede vor russischen Beamten bezeichnete Putin die Sanktionen als „ungesetzliche Beschlüsse zum Einfrieren russischer Vermögenswerte“ und führte weiter aus, dass der „Westen die Glaubwürdigkeit seiner Währungen de facto zerstört hat“.

Putin argumentierte weiter, dass die westlichen Nationen „wirtschaftliche, finanzielle, handelspolitische und andere Sanktionen gegen Russland als Waffen einsetzen“, und stellte fest, dass „diese Sanktionen in Europa und den Vereinigten Staaten nach hinten losgegangen sind, wo die Preise für Benzin, Energie und Lebensmittel in die Höhe geschossen sind und Arbeitsplätze in den mit dem russischen Markt verbundenen Branchen abgebaut wurden.“

Joe Biden und andere westliche Staats- und Regierungschefs machen Russland unablässig für die steigende Inflation, die steigenden Energiekosten und andere wirtschaftliche Missstände verantwortlich, ohne zu erkennen, dass ihre eigene fehlgeleitete Politik ihrer eigenen Wirtschaft erheblichen Schaden zufügt.

„Schieben Sie nicht die Schuld auf uns und beschuldigen Sie nicht unser Land für alles, was in Ihren Ländern schief läuft“, erklärte Putin in einem direkten Angriff auf Biden und andere westliche Staatsführer.

„Das unrechtmäßige Einfrieren eines Teils der Währungsreserven der Bank von Russland bedeutet das Ende der Zuverlässigkeit der sogenannten erstklassigen Aktiva“, erklärte Putin und bezog sich dabei auf die vom Westen unterstützten Finanzvereinbarungen und -institutionen. Er fügte hinzu:

In der Tat sind die USA und die EU ihren Verpflichtungen gegenüber Russland nicht nachgekommen. Nun weiß jeder, dass Finanzreserven einfach gestohlen werden können. Und viele Länder könnten in naher Zukunft damit beginnen – und ich bin sicher, dass dies geschehen wird –, ihre Papier- und digitalen Vermögenswerte in reale Reserven von Rohstoffen, Land, Nahrungsmitteln, Gold und anderen realen Vermögenswerten umzuwandeln, was nur zu weiteren Engpässen auf diesen Märkten führen wird.

Die unaufhörlichen westlichen Forderungen nach einem möglichen dritten Weltkrieg können nur als verzweifelter und ziemlich erbärmlicher Versuch angesehen werden, die politische, finanzielle und wirtschaftliche Hegemonie des Westens aufrechtzuerhalten. Die Tatsache, dass der Aufstand im Donbass diese umfassendere Kette von Ereignissen ausgelöst hat, die noch jahrzehntelang nachhallen werden, ist ein weiterer bemerkenswerter Aspekt des nationalistischen Kampfes um Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und letztlich um Würde und Respekt auf der Weltbühne.

### **Die Ideologie des neuen Russland**

Die politische Theorie von Noworossija (Neurussland) ist es wert, etwas ausführlicher behandelt zu werden. In der Verfassung heißt es:

Die Republik Neurussland ist ein sozialer Staat und untersteht dem Staatseigentum, dem verstaatlichten Eigentum sowie allen Bodenschätzen, Produktionsanlagen und landwirtschaftlichen Nutzflächen, die möglicherweise für eine begrenzte Zeit an Unternehmer verpachtet werden ..., aber niemals die Möglichkeit großer Monopolkonglomerate schaffen sollen. (Artikel VIII, Abschnitt 3)

Dies bedeutet, dass strategische Ressourcen nicht privatisiert werden können. Sie sind Eigentum des Staates und im Idealfall des gesamten Volkes. Ein Verkauf dieser Ressourcen würde bedeuten, die Souveränität des Staates zu verkaufen.

In Neurussland wird es kein Monopol auf gesellschaftliche Institutionen wie ein Partei-monopol oder eine präsidiale Autokratie geben, die alle anderen Verwaltungsinstitutionen kontrollieren und zerstören würden, was zu einer Diktatur führen würde, wie es in Nazi-deutschland oder der Sowjetunion unter Josef Stalin der Fall war. Dies führt zu einem Wechsel der verfassungsmäßigen Macht und dem Verlust der rechtlichen Autorität aller staatlichen Organe. Die Oligarchie in der Ukraine, die sich aus den bei der Privatisierung entstandenen Clans zusammensetzt, ist ebenfalls untersagt. (Artikel XV)

Die Ideologie der freien Marktwirtschaft ist ein Mythos. Sie geht von gesellschaftlichen Verhältnissen aus, die niemals reproduzierbar sind. Sie geht, wie so viele wissenschaftliche Theorien der Aufklärung, von einem Vakuum aus.

Die Realität ist, dass der Markt Russland und der Ukraine aufgezwungen wurde, die bereits an der Macht waren. Daher waren sie diejenigen, die die Ressourcen hatten, ihn zu beherrschen. Marktwirtschaftliches Denken setzt voraus, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem das System eingeführt wird, alle gleich sind. Ohne diese Annahme ist es zum Scheitern verurteilt.

Artikel XXI ist sogar noch schärfer:

Den internationalen Gesetzen und Vorschriften wird nur dann Vorrang eingeräumt, wenn sie der Entwicklung der öffentlichen, sozialen, kulturellen, ideologischen, wirtschaftlichen und anderen moralischen Beziehungen der Republik Neurussland nicht widersprechen, da die internationalen Gesetze in ihren wirtschaftlichen, politischen, ideologischen Präferenzen und Programmen moralisch verkommen sind, indem sie ein brutales, bösesartiges, oligarchisches System von Wettbewerb und Profit befürworten.

Die Förderung eines starren Systems, einer bösen oligarchischen, wettbewerbsorientierten Idee von Eigennutz und Gewinn, ermutigt die gesamte Gesellschaft zu Wettbewerbsbeziehungen, um zu überleben.

Die Republik Neurussland wird jedoch nicht überleben, wenn der Wettbewerb innerhalb und zwischen den Ländern das Ziel ist. Ungeachtet bestehender Bestimmungen internationaler Rechtsinstrumente und Abkommen werden sie nur dann sanktioniert, wenn sie ihre Volkswirtschaften mit anderen öffentlichen Politiken mit bestehenden internationalen Standards, aber auch mit unseren eigenen staatlichen Interessen in Einklang bringen.

Dieser „moralische Verfall“ bedeutet, dass internationale Abkommen in Wirklichkeit nichts anderes tun, als westlichen Konzernen zu dienen. Mit Hilfe der Regierung der USA oder der EU zwingen Banken und andere unverantwortliche Unternehmen der Welt ihren Willen auf. Diese Konglomerate haben kein Interesse an freien Märkten, sondern streben nach dem totalen Monopol.

Privateigentum wird verachtet, da Reichtum und Macht die Domäne einer winzigen Handvoll sind, die von der breiten Bevölkerung fast völlig entfremdet ist.

Das gesellschaftliche Leben sollte diese kommunitäre Idee widerspiegeln. Artikel XIV lautet:

Ohne Vaterschaft, ohne väterliches, militärisches Bewusstsein kann man kein Bürger oder Staatsmann sein. In der Küche, im Lebensbereich der Frau, gibt es eine geschäftige Landschaft.

In einer selbständigen und verantwortungsbewussten Gesellschaft ist eine funktionierende Identität eine nicht selbst geschaffene. Und weil die Erziehung der Kinder vorrangig väterlich sein sollte, ist es bei der Erziehung der neuen Generation notwendig, dass sie nicht in die primitive engstirnige, konsumorientierte, egoistische Haltung gegenüber dem gesellschaftlichen Leben verfällt.

Die wissenschaftliche Literatur, die die zerstörerischen Auswirkungen von zerrütteten Familien aufzeigt, ist so überwältigend, dass nur eine Handvoll akademischer Feministinnen sie ignorieren will. Familien mit zwei Elternteilen sind selten arm und bringen selten unangepasste Kinder hervor. Scheidungen und der Zusammenbruch von Familien führen zu sozialer Zerstörung und genau dem Konkurrenzdenken und Egoismus, der anderswo beklagt wird. In Noworossija ist die Familie, nicht der Mensch, das Fundament des Staates.

Während Noworossija mit dem Wiederaufbau beginnt und die Renten und Gehälter steigen, hat die Ukraine den Status der Vierten Welt erreicht. Alle rentablen Unternehmen sind verkauft worden. Die Regierung ist lediglich eine Marionette der USA und des IWF. Ihre Armee hat es nicht geschafft, die Rebellen im Osten zu vertreiben und ist nach der russischen Invasion praktisch zusammengebrochen. China investiert in den östlichen Republiken und auf der Krim.

Es ist absurd, dass die Ukraine im Westen eine Zukunft haben soll, denn der Westen selbst scheint keine Zukunft zu haben.

Der Donbass ist eine ideologische Revolution. Er ist ein wichtiges Signal für die Zerstörung des westlichen Imperiums. Er zeigt, dass nationale Sozialisten Siege gegen größere Armeen erringen können, die für nichts kämpfen. Zahlen bedeuten nichts, nur Zusammenhalt, Ziel und Identität. Das Projekt Novorossiia hat in jeder Hinsicht gewonnen. Die einzige traurige Konsequenz ist das weitere Versinken der Ukraine in einem gescheiterten Staat und die wirtschaftliche Knechtschaft gegenüber globalistischen Interessen als direkte Folge der westlichen Intervention und Einmischung. ❖

## Fußnoten

1. State Department Briefing, Jen Psaki spokesperson, Washington, D.C., April 18, 2014 [www.state.gov](http://www.state.gov).
2. "U.S. Coup Failed in Ukraine: Kiev Junta's Days Are Numbered," "Sputnik News," May 16, 2014, [www.sputniknews.com](http://www.sputniknews.com).
3. Flores, J., "The Ukrainian Failed State: Pravy Sektor vs. the Kiev Junta," Greenville Post, 2015, [www.greenvillepost.com](http://www.greenvillepost.com).
4. "Europe Fed Up With The Kiev Junta Regime," Novorossiya Today, November 17, 2015, [www.novorossia.today/europe-fed-up-with-the-kiev-junta-regime/](http://www.novorossia.today/europe-fed-up-with-the-kiev-junta-regime/).

5. A more recent article showing this is “The Quiet Summer 2016: Problems in Ukraine’s Economy About Which Official Statistics Remains Silent,” “Vox Ukraine,” August 2015. [www.voxukraine.org](http://www.voxukraine.org).

**Matthew Raphael Johnson** ist ein nationalistischer Historiker und Schriftsteller, der sich auf die russisch-orthodoxe politische Tradition spezialisiert hat. Er ist die Stimme hinter der Vortragsreihe *Orthodox Nationalist* auf Radio Albion ([www.radioalbion.com](http://www.radioalbion.com)) und ehemaliger Herausgeber der *Barnes Review*. Er promovierte in der Geschichte der politischen Philosophie an der *University of Nebraska* in Lincoln und lehrte an mehreren Universitäten. Mehrere seiner Bücher über Russland wurden von The Barnes Review veröffentlicht. Mehr über Johnson auf [www.rusjournal.org](http://www.rusjournal.org)